

Eine Bürgerzeitung in Schleswig-Holstein

# SCHLEI-POST



Herausgeber: SPD-Ortsvereine Rieseby und Loose  
V.i.S.d.P.: Dorit Indinger  
Greensweg 13  
24354 Rieseby  
04355 / 427

Auflage: 1.320 Stück  
September 2005 seit Februar 1978



**Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

am 18. September wird ein neuer Bundestag gewählt. Der SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde hat mich zu seinem Kandidaten gewählt. Ich trete an, um nach dem 18. September als Bundestagsabgeordneter den Kreis Rendsburg-Eckernförde in Berlin zu vertreten.

Ich werde mich im Deutschen Bundestag dafür einsetzen, dass der notwendige Wandel der sozialen Sicherungssysteme sozial gerecht zugeht.

Das heißt für mich unter anderem, dass Fehlentwicklungen der eigenen Politik korrigiert werden müssen. Die SPD hat seit 1998 viele wichtige und richtige Entscheidungen getroffen. Es mussten aber auch Kompromisse mit der CDU-Mehrheit im Bundesrat geschlossen werden. Und in einigen Fragen ist die Bundesregierung über das Ziel hinaus geschossen.



Bei den Hartz-Gesetzen ist eine zeitnahe Überprüfung von vornherein vorgesehen gewesen. So hat der so genannte Ombudsrat, der die Einführung der Grundsicherung für Arbeitslose, das ALG II, und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt begleitet, Ende Juni einen Zwischenbericht und seine Empfehlungen an die Bundesregierung gegeben. Hier sind Änderungen schon auf den Weg gebracht.

Das heißt aber auch, dass in der Steuerpolitik eine weitere Entlastung der Unternehmen und der Spitzenverdiener meiner Ansicht nach nicht weiterführt. Ein handlungsfähiger Staat benötigt auch die notwendigen Mittel. Und diese Mittel soll der Staat sich da holen, wo sie sind: bei den Spitzenverdienern und den Vermögenden. Nach Angaben des Armuts- und Reichtumsberichts gibt es 5 Billionen Euro Vermögen in Deutschland. Ist halte es nicht für verwerflich, Abgaben auf Vermögen zu fordern.

Gerecht muss es auch in der Gesundheitspolitik zugehen. Die Bürgerversicherung ist eine Versicherung für alle. Nicht nur Erwerbseinkommen, sondern auch andere Einkommen wie hohe Kapitalvermögen werden mit eingerechnet. Damit ist die Bürgerversicherung eine klare Alternative zum Kopfpauschalmodell der CDU. Sie ist gerechter, sie ist finanzierbar, sie ist unbürokratisch und sie ist solidarisch finanziert. Was man vom Kopfpauschalmodell, bei dem der Bankdirektor und seine Haushaltshilfe den gleichen Betrag zahlen müssen, nicht eben behaupten kann.

Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Für Chancengleichheit in der Bildung benötigen wir z. B. eine stark verbesserte vorschulische Betreuung und Bildung, Ganztagsangebote und ein gebührenfreies Studium. Dafür müssen bundesweit die Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Wir benötigen bessere Rahmenbedingungen für Familien und für Alleinerziehende. Das nun vorgeschlagene Elterngeld, das jungen Müttern und Vätern nach der Geburt eines Kindes für ein Jahr helfen soll, den Lebensstandard auch bei Unterbrechung der Berufstätigkeit halten zu können, ist ein Weg in die richtige Richtung.

Ich meine, die SPD hat mit dem Wahlmanifest "Vertrauen in Deutschland" ein überzeugendes Regierungsprogramm vorgelegt.

**Dafür gehe ich in den Bundestag:**

**Für mich ist der Sozialstaat keine Kostenstelle ist, sondern Grundlage für Wohlstand und Wachstum. Die SPD wird weiter für die Menschen da sein, die sich in den schwierigen Zeiten um ihre persönliche Existenz sorgen. Gerne möchte ich meine berufliche Erfahrung in die Sozial- und Familienpolitikeinbringen. Ich weiß, dass hier noch viele Herausforderungen vor uns liegen.**

**Ihr  
Sönke Rix**

---

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf: am 18. September 2005 SPD wählen!

Mit der Erststimme **Sönke Rix** im Wahlkreis. Es ist wichtig, engagierte und verlässliche Abgeordnete der heimischen Region in Berlin zu haben.

Mit der Zweitstimme Bundeskanzler **Gerhard Schröder** und die SPD.



The image is a black and white campaign poster for the SPD. It features a close-up portrait of Gerhard Schröder, the German Chancellor at the time, looking directly at the camera with a serious expression. The SPD logo is visible in the bottom left corner, with the slogan "Vertrauen in Deutschland." below it. To the right of Schröder's face, three white rectangular boxes contain the words "KRAFTVOLL.", "MUTIG.", and "MENSCHLICH." stacked vertically. At the bottom of the poster, there are two white boxes with text. The left box contains the heading "WIR SIND SICHER:" followed by the text "Unser Ziel ist richtig – Soziale Demokratie: Arbeit, Sicherheit, Menschlichkeit. Und wir sind auf dem richtigen Weg – wir erneuern Deutschland Schritt für Schritt und wir halten das Land zusammen. Sozialer Fortschritt ist möglich." The right box contains the heading "WIR WISSEN:" followed by "Gerhard Schröder ist der richtige Bundeskanzler für diese schwierige Aufgabe." Below this, a white box with a black border contains the slogan "WIR HABEN VERTRAUEN IN DEUTSCHLAND."

# Die Positionen der SPD

zu Fragen aus den Politikfeldern "Gesellschaft", "Arbeit und Soziales", "Bildung", "Umwelt", "Steuern", "Sicherheit" und "Europa".

	Zustimmung	Neutral	Ablehnung
<b>Gesellschaft</b>			
Abgeordnete sollen verpflichtet werden, alle ihre Nebeneinkünfte zu veröffentlichen.	✓		
Die Wehrpflicht soll abgeschafft werden.		✓	
Gesetzliche Gleichstellung der "Homo-Ehe"!	✓		
Frauen müssen auch ohne vorherige Beratung bis zum dritten Monat straffrei abtreiben dürfen.		✓	
Der Staat soll im ersten Jahr der Elternzeit (Erziehungsurlaub) einen Lohnersatz zahlen.	✓		
Haschisch soll legalisiert werden.			✓
Bei Bundestagswahlen: Wählen ab 16 Jahren!			✓
Volksentscheide auch auf Bundesebene!	✓		
<b>Arbeit und Soziales</b>			
Der Kündigungsschutz soll gelockert werden.			✓
Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns!	✓		
Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich in einer gesetzlichen Krankenkasse versichern müssen.	✓		
Die deutsche Steinkohle soll weiter subventioniert werden.	✓		
<b>Bildung</b>			
Jedes Kind muss vor der Einschulung einen Sprachtest bestehen.	✓		
Das Erststudium soll gebührenfrei sein.	✓		
Bildungspolitik soll ausschließlich Angelegenheit der Bundesländer sein.			✓
BAföG sollte unabhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt werden.			✓
<b>Umwelt</b>			
Generelles Tempolimit auf Autobahnen!			✓
Am geplanten Ausstieg aus der Atomenergie soll festgehalten werden.	✓		
Benzinsteuern senken!			✓
Das Dosenpfand soll abgeschafft werden.			✓
<b>Steuern</b>			
Die Mehrwertsteuer muss erhöht werden!			✓
Erhöhung der Steuern für Spitzenverdienerinnen und -verdiener!	✓		
Im Ausland lebende Deutsche sollen in Deutschland Steuern zahlen müssen.			✓
<b>Sicherheit</b>			
Die Bundeswehr soll für Aufgaben der inneren Sicherheit verstärkt eingesetzt werden dürfen.			✓
Von allen Straftäterinnen und -tätern sollen die DNA-Daten (genetischer Fingerabdruck) zentral erfasst werden.		✓	
Mehr Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen!			✓
Biometrische Daten (z.B. Fingerabdruck) sollen in den Personalausweis aufgenommen werden.	✓		
<b>Europa</b>			
Die gemeinsame europäische Verteidigungspolitik soll ausgebaut werden.	✓		
Die Türkei soll vollwertiges Mitglied der Europäischen Union werden können.	✓		
Die europäischen Agrarsubventionen müssen deutlich gesenkt werden.	✓		

Aufmerksame Leserinnen und Leser der Schlei-Post kennen unsere regelmäßigen, Hinweise auf den Wahl-O-Mat.

## Was ist der Wahl-O-Mat?

Der Wahl-O-Mat ist eines der erfolgreichsten Internetangebote der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Bereits zur Bundestagswahl 2002 hatte der Wahl-O-Mat seinen ersten Einsatz, mehrere Landtagswahlen folgten.

Ein Redaktionsteam von 17 Jungwählerinnen und Jungwählern hat Thesen und Inhalte entwickelt. Beratend zur Seite standen der institutionelle Träger des Wahl-O-Mat und einige Wissenschaftler.

30 Fragen aus allen Politikbereichen werden gestellt und die Parteien haben hierzu ihre Position bezogen. Sie antworten mit „stimme zu“, „stimme nicht zu“ und „neutrale Position“. Sie erhalten eine Auswertung, die Ihre Antworten mit denen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU, DIE LINKE.PDS, FDP und SPD vergleicht und in der Reihenfolge der größten Übereinstimmung anzeigt.

Nutzen Sie diese zusätzliche Möglichkeit der Information und überprüfen Ihre politische Position mit den Parteien.

Thomas Puphal

---

**Gerhard Schröder steht für eine starke Wirtschaft.**

**Gerhard Schröder steht für gleiche Bildungschancen.**

**Gerhard Schröder steht für moderne Familienpolitik.**

**Gerhard Schröder steht für die Bürgerversicherung.**

**Gerhard Schröder steht für eine moderne Energiepolitik.**

**Deshalb am 18. September 2005 SPD wählen!**



# Meinungsmache mit Geld: Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

## Was und wer steckt dahinter?

Im Oktober 2000 wurde die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) gegründet. Die Geschäftleitung sitzt in Köln und Geldgeber ist der Arbeitgeberverband Gesamtmetall. Jährlich werden für die Arbeit der INSM 10.000.000 (zehn Millionen) Euro bereitgestellt und das vorerst noch bis in das Jahr 2010.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft versteht sich als ein „Think Tank“ (Ideenfabrik) der sich für einen **wirtschaftsfreundlichen Klimawechsel** (aus Unternehmersicht) **in der Gesellschaft** einsetzt – **gemeint ist natürlich: weniger soziale Marktwirtschaft.**

Hierzu sollen wirtschaftsliberale Themen ganz gezielt und geplant auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dies geschieht mit Unterstützung **professioneller Hilfe** von über 30 Redakteuren und den Werbe-Profis der Agentur Scholz and Friends. Damit aber noch nicht genug. Eine ganz wichtige Rolle bei der Verbreitung der Botschaften der INSM sind die **Botschafterinnen und Botschafter** und Kuratoren. Sie sind **weit über die gesellschaftlichen Gruppen gestreut** und kommen überwiegend aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Sport. Dank ihrer Bekanntheit erzielen Sie eine hohe Medienpräsenz und sorgen so für eine permanente Medienpräsenz der INSM.

Zu ihnen gehören u. a. **Prof. Dr. Paul Kirchhof** (designierter Finanzminister und Finanzexperte im Kompetenz-Team von Angela Merkel), **Prof. Dr. Hans Tietmeyer** (ehemals Präsident der Deutschen Bundesbank), **Prof. Roland Berger** (Unternehmensberater), **Silvana Koch-Merin** (Europaabgeordnete der FDP) der , Oswald Metzger (ehemals Haushaltsexperte von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN), **Prof. Dr. Dieter Lenzen** (Präsident der Freien Universität Berlin) **u. a.** Keineswegs geschehen die Dienste für die INSM kostenlos. So erzählte der „Grünenpolitiker“ Oswald Metzger in einem Interview zu plusminus: *„Klar, ich hab 'nen ordentlichen **Honorarsatz** für 'ne Veranstaltung. Mein Normalsatz ist ein sehr ordentlicher, der fast einem **Durchschnittseinkommen von einem normalen Arbeitnehmer entspricht.**“*

## Was wird nun verkündet?

Drei Botschaften werden den Menschen immer wieder eingebläut:

- Deutschland steht am Abgrund
- Schuld sind der Sozialstaat und seine bornierten Anhänger
- Rettung bringen nur harte Reformen

Kurz gesagt: „Das ganze Volk muss auf Linie gebracht werden“.

Frei nach der Devise „**Nehmt's den Armen, gebt's den Reichen**“ - genau wie Robin Hood - nur anders herum.

### Die Macht der Medien

Auf allen Kanälen sind **die „Botschafter“** Dauergäste in den Talkshows; manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung. Dort treten sie als Vertreter der Politik, Wissenschaft oder als unabhängige Experten auf. Tatsächlich sind alle bei der gleichen Lobby - der INSM - im Boot und **fordern harte Einschnitte, von denen sie selbst nie betroffen sind**. Durch diesen Etikettenschwindel wird die öffentliche Diskussion manipuliert, sagt der Politologe Rudolf Speth. Er hat sich in einer Studie für die Hans-Böckler-Stiftung wissenschaftlich mit den politischen Strategien der „Initiative Neue soziale Marktwirtschaft“ auseinandergesetzt

**Die Studie steht auf der Seite [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de) als pdf-Datei zur Verfügung.**

Thomas Puphal

---

**IN MERKELS WELT  
HAB ICH KEIN GELD.**

**Nein zu den Umverteilungsplänen von CDU/CSU!**

---

## Fahrt zur „Grünen Woche 2006“ nach Berlin

Der SPD-Ortsverein Loose organisiert eine Fahrt zur nächsten Internationalen Grünen Woche in Berlin im Januar 2006. Wir wollen bequem im Bus nach Berlin reisen.

Es ist folgender Ablauf geplant:

- Hinfahrt am Freitag, dem 13.01.2006
- 2 x ÜF in einem Hotel in der Nähe des Messezentrums
- Unterbringung in Doppelzimmern mit Dusche/Bad und WC
- Freier Eintritt und Bustransfer zur Messe
- Besuch der Grünen Woche am Samstag, dem 14.01.2006 und warmes Mittagessen
- Stadtrundfahrt und Besichtigung des Reichstages
- Rückfahrt am Sonntag, dem 15.01.2006

Die Kosten für dieses Programm betragen 125,- Euro pro Person.

Außerdem besteht natürlich die Gelegenheit zum Einkaufsbummel in Berlin und Zeit für Kneipenbummel bzw. das Berliner Nachtleben haben wir sicherlich auch noch.

**Anmeldungen bis zum 19. September 2005** bitte bei:

Hans-Heinrich Settgast, Tel. 04358-354 oder  
Fritz Dürbeck, Tel. 04358-356

---

Hans-Heinrich Settgast